

Beschlussvorlage
 Ergänzungsvorlage
 Mitteilungsvorlage

öffentlich nichtöffentlich

Amt/Geschäftszeichen	Datum	Vorlagennummer
	24.04.2007	HFB/4/01212

Produkt	1.01.01.01	Haushaltssteuerung
Produktgruppe	1.01.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen
Produktbereich	1.01	Innere Verwaltung

▼ Beratungsfolge	▼ Sitzungstermin
1. Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	15.05.2007
2. Rat	12.06.2007

Tagesordnungspunkt/Betreff

Vorlage der Jahresrechnung 2006 gemäß § 93 Abs. 2 GO NW

Beschlussvorschlag

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nimmt Kenntnis und empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Die Jahresrechnung wird zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis						
					Sitzung am	TOP
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	ja	nein	Enthaltungen	<input type="checkbox"/> laut Beschluss- vorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss (Rückseite)

Begründung:

Grundlage für die Haushaltswirtschaft im Jahre 2006 bildete die vom Stadtrat am 5.12.2005 beschlossene Haushaltssatzung. Die Gegenüberstellung der Vorgaben des Haushaltsplanes im Vergleich zur Jahresrechnung zeigt folgendes Bild:

	Haushaltsplan	Jahresrechnung	Abweichung
Verwaltungshaushalt Einnahmen	49.830.070 €	56.254.204 €	+6.424.134 €
Verwaltungshaushalt Ausgaben	51.902.280 €	54.690.153 €	+2.787.873 €
Verwaltungshaushalt Saldo	-2.072.210 €	+ 1.564.051 €	+3.636.261 €
Vermögenshaushalt Einnahmen	10.756.900 €	7.745.778 €	-3.011.122 €
Vermögenshaushalt Ausgaben	10.756.900 €	6.180.698 €	-4.576.202 €

Verbesserung im Gesamthaushalt
2006

3.129.131 €

Kurzbewertung des Ergebnisses:

- Das im Verwaltungshaushalt 2006 ausgewiesene strukturelle Defizit von 2.072.210 € wurde ausgeglichen.
- Zusätzlich konnte im Verwaltungshaushalt ein Überschuss von 1.564.051 € ausgewiesen und an den Vermögenshaushalt abgeführt werden.
- Die im Vermögenshaushalt zur teilweisen Abdeckung des Defizits veranschlagten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen brauchten nicht an den Verwaltungshaushalt abgeführt werden.
- Insgesamt beträgt der Überschuss im Haushalt 3.129.131 €.
- Von den im Haushalt veranschlagten Investitionskrediten in Höhe von 2.498.400 € brauchten nur 517.146,50 € in Anspruch genommen zu werden.
- Dadurch verminderte sich der Schuldenstand von 56,4 auf 54,3 Mio. €.

Nachdem es in den vergangenen Jahren mehrfach zu massiven Einbrüchen bei der Gewerbesteuer gekommen war, hat sich im Jahre 2006 das Aufkommen wieder deutlich erhöht. Mit einem Anordnungssoll von 11.406.995 € konnte der Haushaltsansatz (6.100.000 €) sogar um 5.306.995 € überschritten werden. Ebenfalls ein Plus konnte bei der Einkommensteuer verbucht werden (Ansatz 10.400.000 €; Ergebnis 11.879.968 €; Mehreinnahme 1.479.968 €). Durch diese Einnahmeverbesserungen war es möglich, die aus den Vorjahren aufgelaufenen Fehlbeträge auszugleichen.

Auf der Ausgabenseite konnten bei den Personalausgaben Einsparungen in einer Größenordnung von 337.191 € verzeichnet werden.

Eine Besonderheit ergab sich bei den Sachausgaben und den Transferleistungen. Da dies der letzte kamerale Haushalt war, wurden zur Rechnungsabgrenzung alle Rechnungen, die sich auf Leistungen bezogen, die im Jahr 2006 erbracht wurden, auch nach

dem 31. 12. 2006 rechnungsmäßig noch dem Haushalt 2006 zugeordnet. Dies führte bei vielen Sach- und Transferleistungen zu 13, vereinzelt 14 Monatsbeträgen. Hierdurch entstanden bei einer Anzahl von Haushaltsstellen Mehrausgaben, die allerdings wegen des sauberen Übergangs auf die doppische Buchhaltung unvermeidlich waren. In der obigen Tabelle ist bei den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ein Mehrbedarf von 2.787.873 € ausgewiesen. Dieser Betrag beinhaltet folgende Mehraufwendungen:

- 1.347.861 € entfallen auf die Ausbuchung des über den Haushaltsansatz hinausgehenden Fehlbetrags aus dem Jahre 2005
- rd. 650.000 € beziehen sich auf innere Verrechnungen, die sich in Einnahme und Ausgabe ausgleichen.
- 530.000 € betragen die systembedingten Mehrausgaben bei der Gewerbesteuerumlage

Werden diese Beträge ausgeklammert, so konnten auf der Ausgabenseite die Vorgaben des Haushaltsplanes im wesentlichen eingehalten werden.

Im Vermögenshaushalt waren insgesamt Investitionen in einer Größenordnung vom 6,0 Mio. € veranschlagt. Hinzu kommen Haushaltsreste aus dem Jahre 2005 in Höhe von 4,1 Mio. €, so dass sich das Investitionsvolumen auf insgesamt 10,1 Mio. € belief. Von diesem Betrag wurden insgesamt 6,9 Mio. € ausgegeben.

Das Jahresabschlussergebnis 2006 wirkt sich durch die geringeren Investitions- und den Abbau der Kassenkredite positiv auf die Eröffnungsbilanz aus. Der Haushalt 2007 wird von dem Abschlussergebnis nicht berührt. Auch lassen die hohen Gewerbesteuer-einnahmen 2006 keinen Rückschluss auf die Höhe des Gewerbesteueraufkommens im Jahre 2007 zu (der Gewerbesteueransatz 2007 wurde bereits auf 7.700.000 € erhöht; ein höheres Aufkommen ist aus derzeitiger Sicht nicht zu erwarten).

Die Jahresrechnung ist zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiterzuleiten.

2. Ziel: Was soll für welche Zielgruppe erreicht werden?

Die Einbringung der Jahresrechnung in den Rat und die anschließende Prüfung der Jahresrechnung durch den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt bildet die Grundlage für die Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters durch den Rat.

3. Leistungen/Prozesse: Was soll wie getan werden?

Verweisung der Jahresrechnung an Rechnungsprüfungsausschuss. Durchführung der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.

3. Ressourcen: Welcher Aufwand ist für die Umsetzung der Maßnahmen erforderlich?

Aufstellung der Jahresrechnung etwa 80 Arbeitsstunden

5. Auswirkungen auf übergeordnete Ziele (Haushaltskonsolidierung, NKF, Familienfreundlichkeit, Raum für Jung und Alt, Unternehmerische Engagement, Natur und Sport). Falls ja: Welche?

Keine

6. Wirtschaftliche Auswirkungen:

Mittel für die Maßnahme lt. Haushaltsplan vorhanden.

Röger
Bürgermeister